

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Mittstadt
Geschäftsstelle und Expedition: Silberbergstraße 2
Telefon-Nr. 17259 • Postfach-Nr. 121
Dresden-Nummer 18558, Emil Schlegel

Organ der KPD.
Sektion der Kom. Intern. (Bezirk Ostachsen)

Schriftleitung: Dresden-N., Silberbergstr. 2
Telefon-Nr. 17259 • Postfach-Nr. 121
„Arbeiterstimme“ Dresden • Sprechstunden der Schriftleitung:
Wochentags nachmittags von 9-5 Uhr (außer Sonnabende)

Beilagen: Der Rote Stern • Die Kommunistin • Der Kom. Gewerkschafter • Der Kom. Genossenschaftler • Wirtschaftl. Rundschau • Kunst und Wissen

Jahrg. Bezugspreis für den Monat frei ins Haus 2 RM.
(Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM.
(ohne Zustellungsgebühr) • In Fällen höherer Gebühre bezahlt sein
Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises • Größtenteils täglich außer an Sonn- und Feiertagen

Dresden
Donnerstag, 7. Januar 1926

Anzeigenpreis:
Die normal gebaltene Textzeile über 6 Zeilen Raum 0,30 RM.
für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile entsprechend
zu den beigebildeten Zeilenpreisen 1,20 RM. • Anzeigen-
annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition

Nr. 5

Der Schacher um die Koalitionsregierung

Wie die „Tägliche Rundschau“, das Organ
Reinemanns, meldet, wird die Berufung Dr. Luthers zur
Erhebung der Verhandlungen zur Regierungsbildung am
Ende dieser Woche erfolgen, nachdem die Versuche Kochs
zur Bildung der Großen Koalition gescheitert sind. Die
ganze bürgerliche Presse, von den Demokraten bis zur
Rechtspartei, bringt deutsch ihr Mißbehagen über den Ver-
such der Berliner Funktionäre der SPD, zum Ausdruck.
Die demokratischen Blätter versuchen die Stellungnahme
Reinemanns und Davids sowohl als auch die Haltung
Reinemanns Wickers, der auf der Funktionärskonferenz der
SPD in Berlin offen für die Regierungsbildung mit den
bürgerlichen Parteien plädierte, auszunutzen. Nach einer
Verdrehung des „Dresdner Anzeigers“ werden die
demokratischen Fraktionen des Preussischen Landtages und
des Reichstages am Dienstag zusammentreten, um zur
Frage Stellung zu nehmen. Der „Anzeiger“ berichtet, daß
die Kreise des Zentrums sowohl als auch bei den De-
mokraten die Absicht besteht, die Lösung der Regie-
rungsfrage im Zusammenhang mit der Lage
in Preußen zu behandeln. Diese Drohung der
Demokraten und des Zentrums, aus der bisherige
jögernde Haltung der SPD in der Frage des Zu-
sammengehens mit den bürgerlichen Parteien in der
Großen Koalition auch in Preußen die Konsequenzen
zu ziehen, heißt nicht nur im Reich, sondern auch in
der Frage der Preußenregierung den Sozialdemokraten
den Zutritt zu versehen und einer neuen Regierung
des Bürgerblocks ihre Zustimmung zu geben.

Diese Drohungen der Sünterfreunde der Koalitions-
regierung sozialdemokratischen Führer dürfen ihre

Wirkungen nicht verfehlen. Sie werden, wie
die bereits von uns zitierten Äußerungen zeigen, den
Herrn Wüller, Wels und Konsorten eine neue Be-
gründung für die Notwendigkeit der Bil-
dung der Großen Koalition abgeben. Der „An-
zeiger“ knüpft an diese Meldung die Bemerkung, daß inner-
halb der Sozialdemokratie die Stimmen an Zahl und Ge-
wicht zunehmen, die sich für die Bildung der Großen
Koalition erklären. Die Absichten der SPD-Führer liegen
klar zutage. Sie wollen im Interesse ihrer Zusammenarbeit
mit der Bourgeoisie ein Zusammengehen der sozialdemo-
kratischen und kommunistischen Arbeiter verhindern. Die
Arbeiterklasse hat die Früchte dieser Politik deutlich zu
spüren bekommen. Die Berliner Funktionäre der SPD
haben nunmehr diesen Bestrebungen ihr Nein entgegen-
gesetzt. Wir begrüßen diesen Beschluß der Berliner SPD-
Funktionäre als einen weiteren Schritt der SPD-Arbeiter
zur Befreiung einer proletarischen Klassenpolitik. Die
Bestrebungen des Bürgertums, mit oder ohne Beteiligung
der sozialdemokratischen Führer in der Regierung die Pläne
der Schwerindustrie in Deutschland durchzuführen, müssen
die sozialdemokratischen Arbeiter damit beantworten, daß
sie mit allen Kräften auf die Herbeiführung der geschlossenen
proletarischen Front dringen. Der Entschluß der Berli-
ner Funktionäre der SPD, muß ein praktischer Schritt
der sozialdemokratischen Arbeiter folgen. Dazu ist die Mög-
lichkeit gegeben, wenn die sozialdemokratischen und kommu-
nistischen Arbeiter gemeinsam in den Gewerkschaften zu-
sammenschließen und den Plänen der kapitalistischen Scharf-
macher das Rotprogramm der Arbeiterklasse entgegen-
stellen, und darüber hinaus den Kampf um die Abwehr
der Pläne der kapitalistischen Ausbeuter organisieren.

Die härtesten Worte gegen den SPD-Vorstand

Die Sachfrage der den Plauerer SPD-Funktionären
im SPD-Unterbezirk Plauen Stadt und Land fanden in
den letzten Tagen 6 Funktionärskonferenzen statt, die sich mit der
Frage der Koalition, der Fraktionbildung und der
Antragstellung in Sachsen beschäftigten. Die „Volkszeitung“
vom 1. Januar (S. 1) berichtet darüber:

Die 6 Konferenzen brachten den einstimmigen Willen der
Arbeiter der Partei im U.B. Plauen Stadt und Land zum Aus-
druck, der die entschiedene Ablehnung der Koalition fordert
und von der Parteiführung eine klare proletarische Politik
zu verlangen. Die Parteiführung verlangt, die alleinige
Antragstellung der Arbeitermassen zur Sozialdemo-
kratischen Partei wieder zurück und neu zu erheben. Ein
Antrag der Parteiführung, der die Parteiführung der
Volkszeitung zur Fraktionbildung fordert, wurde lebhaft
abgelehnt.

Die Ablehnung der Parteiführung, die sich in der
Ablehnung des Heideberger Parteitagbeschlusses aus-
drückt, hat in den Kreisen unserer tätigen Genossen lebhaften
Anklang hervorgerufen. Wieder waren es alte Genossen,
die am Teil unter dem Sozialistengesetz schwere Arbeit für
die Partei geleistet haben, die die härtesten Worte gegen
die Parteiführung einer Anzahl Abgeordneter fanden, und
die die härtesten Mittel dagegen forderten. Auch in der Beur-
teilung des Standes des sächsischen Konfliktes herrscht zwischen
dem Parteivorstand und den Funktionären einstimmige Über-
zeugung. Eine Entschließung des Parteivorstandes
mit folgendem Wortlaut wurde in allen Konferenzen ein-
stimmig angenommen:

Die Funktionäre des Arbeitsgebietes bedauern, daß der
Beschluß des Heideberger Parteitages zur Verlegung des
Sozialistengesetzes noch nicht seine fruchtbringende Durch-
führung erfahren hat. Die Empörung der Parteigenossen über die
Erhaltung der Parteiführung wählt. Die Funktionäre for-
dern, daß die Parteiführung bis zur Landesversammlung
die Auflösung des Landtages herbeiführt. Widersetzlich die
Fraktion der Parteiführung, dann ist die Landesversammlung
zurückzuführen, im Interesse der Partei den Trennungsstrich
zwischen den sächsischen Parteioptionen und dieser Frak-
tion klar zu ziehen.

Die Chemnitzer „Volksstimme“ schreibt (6. Jan.):
Die sächsische Sozialdemokratie hat in Duzenden von So-
zialisten die Auflösung des Landtages gefordert und die Ein-
führung in Heideberg erfolgte unter der Voraussetzung der For-
samenauflösung. Dazumal waren weder die Triumphtakte
der sozialistischen Presse, noch die schönsten Erklärungen
des Herrn Reichsbold etwas. Der Landesparteitag der säch-
sischen Sozialdemokratie wird das Wort von Heideberg voll-
enden. Der Landtag wird im kommenden Herbst nicht seines
natürlichen Todes sterben.

Nach einer Mitteilung des Landesvorstandes der SPD in
Sachsen ist die nächste ordentliche Landesversammlung auf den
30. und 31. Januar einberufen worden.

Ein Ausschuss zur Durchführung des Volkser- scheids gegen die Fürsten

Berlin, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In einer am
6. Januar stattgefundenen Konferenz, die von zahlreichen politi-
schen und kulturellen Organisationen besucht war, wurde ein
Ausschuss zur Durchführung eines Volkserscheids über die Für-
stenabfindung eingesetzt. Die Konferenz einigte sich im Prinzip
auf einen Volkserscheid über die Fürstenabfindung.

der gesamten Fürstentümer verlangt. Die Länder und Göt-
ter sollen zur Behebung der Landnot verwendet werden, Berg-
werke an die Länder übergeben, Schlösser zu Gemeingütern,
Kinderheimen und Erziehungsanstalten und die Barvermögen
zur Erhöhung der Unterhaltungen der Kriegsober verwendet
werden. Der Entwurf verlangt Richtigerklärung aller nach dem
1. November 1918 getroffenen Verträge, Vergleiche und Urteile.
Zustimmungserklärungen sind an den Vorsitzenden des Aus-
schusses Dr. Kuregel, Berlin, Wilhelmstraße 45,
zu richten.

Während selbst kleine Teile des Kleinbürgertums sich immer
entschiedener für den Volkserscheid aussprechen, sucht die Füh-
rerchaft der SPD, dem Volkserscheid nach wie vor auszuwei-
chen. Jetzt versucht der „Vorwärts“ nachzuweisen, daß der Volks-
entscheid doch ausichtslos ist und deswegen nicht eingeleitet
werden braucht. Wir fordern die SPD-Arbeiter auf, sich dem
Berliner Ausschuss anzuschließen und in Betrieb und Gewerkschaft
schnellstens Stellung zu der Frage zu nehmen.

Die Arbeiter für Fürstentümgung

Berlin, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Eine Funk-
tionärskonferenz der Reichsleitung der Zentralverbandes
der Schuhmacher nahm einstimmig eine Resolution an, die von
der SPD, KPD und dem DGB, Eintreten für einen Volks-
entscheid auf entschädigungslose Entwertung der Fürsten fordert.
Während laufende Resolutionen wurden nach Gewerkschafts-
rat und der Generalversammlung des DGB. Wien
geschickt.

Er-Konferenz Kubrecht Bundesgenosse der Geld- führer in Budapest

Berlin, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.)
Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gibt in der Kronen-
zeitung die Artikel, die die Arbeiter, die auf die Zu-
sammensetzung der ungarischen und holländischen Adressen
Hinsuchen. Die Minister Erdelyi und Miksa waren als
treibende Kräfte in die Angelegenheit verwickelt. Die sächsi-
schen Pläne seien keineswegs auf Ungarn beschränkt gewesen,
vielmehr hätten die Verhandlungen zwischen Jabolka und dem
früheren holländischen Konprinz Kubrecht zu einem Abkommen
geführt, wonach der ronalistische Staatsreich zugleich in Mün-
chen und in Budapest durchgeführt und Dekretiert von beiden
Seiten angegriffen werden sollte.

Die Mittelbader legen ihre Pläne ununterbrochen fort.
Die Arbeiter müssen den sächsischen Vorschlägen die größte
Aufmerksamkeit widmen. Die ostpreussischen Pläne der Kon-
zernisten und die Beziehungen der Mittelbader zu den man-
schäftlichen Bestrebungen in Budapest zeigen die ständige Ge-
fahr, welche die Arbeiter bedroht, wenn diese nicht mit dem
ganzen Spieß halbdicht aufstehen. Der Volkserscheid gegen die
Fürstentümmer muß der Kampf sein.

Die Volkspartei fordert die „Technische Nothilfe“ im besetzten Gebiet

Berlin, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Fraktion
der Deutschen Volkspartei hat im Reichstagslandtag eine kleine
Anfrage eingbracht, die fordert, daß der Reichskommissar sofort
bei der Rheinlandkommission Zulassung der Technischen Nothilfe
im besetzten Gebiet beantragt. Begründet wird der Antrag
mit einem „folgenden Eingreifen der Technischen Nothilfe bei
der Notwendigkeit“.

Der Wille zur Armut

„Staat und Volk müssen sich endlich ab-
geben der Tatsachen stellen. Der Boden der Tat-
sachen bedeutet aber Armut! Es muß also der
Wille zur Armut kommen.“ (Weihnachts-
artikel der „Deutschen Bergwerkszeitung“.)

„Mit Recht haben Sie, Herr Gehler, auf der
Schwelle des neuen Jahres das Gebot der Arbeit
und der Sparsamkeit als Leitprinzip vor das
Leben des ganzen deutschen Volkes gestellt.“ (Aus
Hindenburgs Neujahrs-Ansprache.)

Nichts ist so charakteristisch, wie die Größe der Unter-
nehmer und der offiziellen Regierungsmänner an Fest-
tagen. In knappen Worten fassen sie dann selbst zusam-
men, was sie von den arbeitenden Massen verlangen. Und
je schwächer die Arbeiterklasse im gegebenen Augenblick ist,
um so offener, brutaler und zynischer schreut man ihnen
die Forderungen der Bourgeoisie entgegen.

Im Grunde laufen die Vorschläge des Unterneh-
merblattes und des Reichspräsidenten und der Reichsregierung
auf ein und dasselbe hinaus. Die „Bergwerkszeitung“ ver-
langt den Willen zur Armut, die Reichsregierung den Willen
zur Arbeit und Sparsamkeit. Nur in das Unterneh-
merblatt etwas konsequenter als Gehler und Hinden-
burg. Die Aufforderung zur Arbeit in den Spalten des
rheinisch-westfälischen Unternehmerblattes ist in dem Mo-
ment ganz unmöglich, wo nach den amtlichen Zahlen der
Arbeitslosigkeit in Westfalen und Lippe von 72 000 Unter-
stützungsempfängern im November auf 125 000 im Dezen-
ber, also um mehr als 73 Prozent gestiegen ist, wo bei dem
Landesarbeitsamt mehr als 150 000 Arbeitsuchende ange-
meldet sind. So bleibt von der Aufforderung Hindenburgs
als ernsthaft gemeint nur der Wille zur Sparsamkeit, das
heißt zum noch ärmeren Leben, der Wille zur Armut.

Der Wunsch der „Bergwerkszeitung“ ist tatsächlich nur
der Ausdruck dessen, was die ganze Bourgeoisie und ihre
Helfershelfer zur heutigen Krise zu sagen haben. Wenn
die Zeitungen, von der „Deutschen Zeitung“ bis zum
„Vorwärts“, die heutige Krise als eine Gesundungs-
krise bezeichnen, die eben überstanden werden muß, das
mit der Weg zu neuer Aufwärtsentwicklung frei werde —
was ist das anderes als der Wunsch, das deutsche Volk
müsse durch das unermessliche Armutsal in eine bessere
Zukunft gehen? Wobei die Herren sich nur hüten, zu sagen,
wer noch ärmer werden und wenn die bessere Zukunft zu-
weilen soll. Sicher nicht den 15 Millionen, die in Deutsch-
land angeblich zu viel sind, nicht den Arbeitern, deren Ar-
beitsstellen im Wege der „Nationalisierung“ rückgeleitet
werden sollen, und auch nicht denen, die gnadenlos im
Beizriede belassen werden, vorausgesetzt, daß sie ihre Löhne
der „allgemeinen Betarmung“ anpassen lassen.

Wenn die SPD in ihrem Wirtschaftsprogramm die
gegenwärtige Krise als unermessliches Durch-
gangsstadium bezeichnet, dessen natürlicher Ablauf
nicht durch künstliche Eingriffe gestört werden könne —
so stellt sich die Frage auf den Boden der „Bergwerkszeitung“.
Und vom kapitalistischen Standpunkt ist das tatsächlich richtig.
Im Kapitalismus gibt es keinen anderen Ausweg
aus der Krise, als das Abstarben der nun überflüssigen
Produktionszweige, als die Verelendung der „überflüssigen“
Arbeitermassen. Die Arbeiter müssen die Armut
tragen, wenn man nicht den Kapitalismus beseitigen will.
Freilich die russischen Arbeiter haben ihrer Bourgeoisie
Gelegenheit gegeben, den Segen der Armut kennen zu ler-
nen und die Straßen von Koningrad zu fegen; aber darum
sind sie auch sohe Barbaren, die für die Erhaltung der
heiligen Güter der Menschheit kein Verständnis haben.

Für jeden Arbeiter aber, dem der Sozialismus mehr
als eine Phrase für weltliche Sonntagsfeiern ist, bedeutet
die Armut keine gegebene Tatsache. Für uns als So-
zialisten ist es durchaus keine unabwendbare Tatsache, daß
Millionen schlumpf herumlaufen, während gleichzeitig die
Textilfabriken, die alle Frierenden bekleiden könnten, aus
Arbeitsmangel geschlossen werden. Diese „gegebene Tat-
sache“ wird in dem Augenblick hinfällig, wo die Textil-
fabriken nicht mehr für den Profit ihrer „Besitzer“, son-
dern für die Bedürfnisse der Werktätigen arbeiten. Und
für uns „Recher“ ist es keine „gegebene Tatsache“, daß
einige Tausende schlumpen und in ihren nächsten Stun-
den noch die Unerschämtheit haben, den Millionen, von
deren Schweiß sie leben, „Armut“ zu predigen.

Die „gegebenen Tatsachen“ werden in dem Augenblick
hinfällig, wo die deutschen Arbeiter dem leidigen Willen
zur Armut entgegen und ihre Sinne mit einem anderen
Willen erfüllen: mit dem Willen zur Macht. Das deutsche
Volk ist arm, solange es sich aussaugen und noch oben-
drein seine Betriebe stilllegen läßt, während Millionen
hungern und frieren. Es wird in dem Augenblick
reich sein, wo die Millionen Arme produktiv schaffen,
nicht für den Profit einer Klasse, sondern für die
Bedürfnisse einer Gesamtheit. Freilich, darum muß man
kämpfen. Wenn im Verlaufe dieses Kampfes die
Ausbeuter die Produktion sabotieren, uns Not und
Entbehrung auferlegen, wenn wir im Kampfe um den
Sozialismus werden leiden müssen, so wie die russischen
Arbeiter gelitten haben, dann werden wir diese Ar-
mut als eine gegebene Tatsache tragen: wir werden wissen,
daß wir für uns, für uns, für uns eine Sache leiden, daß
aus dieser Armut der blühende Aufstieg der sozialistischen
Gesellschaft kommen wird, so wie er in Rußland gekommen

Advertisement column on the left edge of the page, containing various small notices and shop names.